

Internationale Konferenz beschäftigte sich mit der Lage in Guinea

Ohne Menschenrechte gibt es keine Zusammenarbeit

VON CHRISTINA ROTH

Das Datum der Internationalen Konferenz zur Lage der Menschenrechte in Guinea hatte Symbolkraft: Am 2. Oktober, dem 52. Jahrestag der Ausrufung der ersten Republik Guinea, waren auf Initiative des Nürnberger Vereins Euroguinee im Caritas-Pfirkheimer-Haus hochkarätige Referenten und interessierte Zuhörer zusammengekommen, um über die Situation in dem westafrikanischen Staat zu sprechen.

Intention der Tagung war allerdings weniger, die Eigenständigkeit Guineas von der einstigen französischen Kolonialherrschaft zu feiern. Hauptsächlich ging es um einen blutigen Meilenstein in der jüngsten Geschichte Guineas, der bis heute ein unbewältigtes Trauma in der Volkseele Guineas markiert: Am 28. September 2009 verübte die damalige Militärregierung im Stadion von Conakry, der Hauptstadt Guineas, ein Blutbad, bei dem nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen und örtlichen Krankenhäusern mindestens 150 Menschen ums Leben kamen. Berichte von Massenvergewaltigungen, die darin gipfelten, dass Soldaten den Frauen Gewehre in die Genitalien raminten, um schließlich abzudrücken, lassen schier unvorstellbare Grausamkeit erahnen.

Zuvor waren die etwa 50.000 Demonstranten von der Militärjunta im Stadion eingeschlossen worden. Sie wollten an diesem 28. September an jenen Tag erinnern, an dem sich die Guineer 1958 per Volksabstimmung

für ihre Unabhängigkeit entschieden. Und sie wollten gegen die Militärdictatur unter Hauptmann Moussa Dadis Camara protestieren, der sich am 23. Dezember 2008 an die Macht geputscht hatte.

Warum dieser politische Umsturz in Guinea als „der deutsche Putsch“ bezeichnet wird, erklärte Markus Frenzel den Tagungsteilnehmern. Frenzel recherchierte als Redakteur bei „Fakt“, einem politischen Fernsehmagazin der ARD, dass Präsident Moussa Dadis Camara und fast die gesamte Führungsetzelle um ihn herum bei der Bundeswehr militärisch ausgebildet wurden. So erklärten sich beispielsweise Absurditäten wie das deutsche Fallschirmjäger-Barett, mit dem sich Camara allzu gern öffentlich zeigte. Oder die Tatsache, dass der Diktator in Interviews mehrfach stolz sagte, Deutschland habe ihn zu dem gemacht, was er heute sei.

„Seit dem Beginn dieser Kooperation 1965 hat die Bundeswehr über verschiedene Diktatoren hinweg 138 guineische Soldaten ausgebildet und sie tut das bis heute“, so Frenzel. Die Zahl habe er von einem Mitglied des Bundestages bekommen. Das Auswärtige Amt, das traditionell die Einladungen an die zukünftigen guineischen Elitesoldaten verschickt, habe sich seinen Anfragen gegenüber sehr bedeckt gehalten. „Als Begründung erklärte man mir lediglich, diese militärischen Kooperationen seien der langfristige angelegte Versuch, demokratischen Geist nach Guinea zu bringen – eine reichlich naive, fahrlässige Idee.“

Zwar habe man nach dem blutigen Septembertag in Conakry voreerst beschlossen, keine neuen Kandidaten mehr einzuladen, Frenzel hat dennoch keinen guten Eindruck von der Motivation der Bundesregierung: „Ich sehe kein wirkliches Interesse daran, Menschenrechte zur Basis im Umgang mit Guinea zu machen.“ Im Hinblick auf die militärische Zusammenarbeit wird er sogar noch deutlicher: „Deutschland will Einfluss auf zukünftige Entscheider in Guinea.“

Eine These, die vor dem Hintergrund der Informationen, die das Auswärtige Amt im Internet zur Verfügung stellt, besondere Brisanz hat. Demnach bestehen beispielsweise deutsche Importe aus Guinea zu 80 Prozent aus dem wichtigen Aluminium-Erz Bauxit.

Die Frage, wie man die heikle Menschenrechtsslage in Guinea mit wirtschaftlicher und vor allem humanitärer Zusammenarbeit vereinbaren kann, beschäftigte viele Referenten. Nicht nur Michael Krennreich vom Lehrstuhl für Menschenrechtspolitik der Uni Erlangen betonte das Dilemma und die Notwendigkeit, den Entzug von Hilfe wegen Menschenrechtsverletzungen genau abzuwägen. Statt radikaler Konsequenzen auf Kosten der Schwächsten plädiert Krennreich für eine „steuernde Konditionierung“, also Bedingungen, die mit Entwicklungshilfe verknüpft werden. Hier sieht er allgemein – aber auch bei der aktuellen Bundesregierung – noch Verbesserungspotenzial: „Die ganze Palette der positiven Möglichkeiten, Menschenrechte in Ent-

wicklungshilfe zu fördern, sollte stärker zur Geltung kommen.“

Dagmar Wöhrl wies als Vorsitzende des Ausschusses für Entwicklungshilfe im Bundestag eindringlich darauf hin, dass der Aufbau einer Demokratie in Guinea ein langfristiger Prozess sei, den es zu unterstützen gelte. „Auch von der internationalen Gemeinschaft. Politischer Wille gehört natürlich dazu“, so Wöhrl. Ein anderer Vertreter der lokalen Politprominenz – Michael Friesser, sei-

nes Zeichens Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humane Hilfe im Bundestag – legte großen Wert auf die Feststellung, er sei nicht als Vertreter der Bundesregien anwesend – und unterzeichnet neben den anderen Tagungsteilnehmern, eine Resolution, die der Verein Euroguinee zur Wahrung der Menschenrechte in Guinea an die Bundesregierung, das EU-Parlament und die UN-Menschenrechtsrat schick wird.



Auch am Jahrestag der blutigen Unruhen in Guinea erinnerten viele Menschen die Opfer. In New York gingen zahlreiche Demonstranten auf die Straße, um gegen die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen zu protestieren. Foto: ...

Ein Jahr nach dem Massaker

Konferenz zur Lage im westafrikanischen Guinea

Ein Jahr nach einem Massaker in Guinea, bei dem mindestens 150 Menschen ermordet wurden, beschäftigt sich eine hochkarätig besetzte internationale Konferenz mit der Menschenrechtslage in dem westafrikanischen Land. Der für das Verbrechen verantwortliche Politiker hat in Deutschland eine Militärausbildung erhalten.

Am 28. September vergangenen Jahres hat im Stadion der Hauptstadt Conakry eine Kundgebung der Opposition mit Tausenden von Menschen stattgefunden. Mitglieder der Leibgarde des damaligen Präsidenten Moussa Dadis Camara versperrten plötzlich die Eingänge, schossen ihre Magazine auf die Demonstranten leer, mordeten mit Bajonetten weiter und vergewaltigten Frauen.

Die Uno, das EU-Parlament und andere internationale Institutionen haben die Tat scharf verurteilt. Camara wurde bei einem Anschlag Ende 2009 schwer verletzt und nach Burkina Faso ausgeflogen. Zwischen 1996 und 2005 verbrachte er insgesamt vier Jahre in Deutschland, wo er bei der Bundeswehr ausgebildet wurde. Als er an die Macht kam, sprach man deshalb auch vom „deutschen Putsch“.

Die Konferenz in Nürnberg will über das Massaker informieren, sich für eine rückhaltlose Aufklärung der Tat einsetzen und über die Menschenrechtsarbeit in dem Land berichten. Veranstalter ist der Verein EuroGuinée, dessen Vorsitzender Abdoulaye Diallo seit vielen Jahren in Nürnberg lebt, in Zusammenarbeit mit dem runden Tisch Menschenrechte, dem städtischen Menschenrechtsbüro, Amnesty International sowie dem Caritas-Pirckheimer-Haus (cph). Im cph, Königstraße 64, findet auch die Tagung am Samstag, 2. Oktober, von 9.30 Uhr bis 16 Uhr statt. *mik*